



Pressemitteilung
16. November 2006

Die SPD als Hans im Glück :
Kuhhandel zwischen Bleiberecht und Familiennachzug

„Die von den Regierungsparteien vereinbarte Bleiberechtsregelung wird vielen langjährig Geduldeten keine dauerhafte Aufenthaltsperspektive in Deutschland eröffnen“, erklärte der Geschäftsführer des Interkulturellen Rates in Deutschland, Torsten Jäger. Allein die vorge-sehene Mindestaufenthaltsdauer von sechs Jahren für Familien mit Kindern und acht Jah-ren für alle Anderen werde für viele längst integrierte Menschen zum Stolperstein werden. Zudem sei zu befürchten, dass viele von der Bleiberechtsregelung ausgeschlossen würden, weil die Ausländerbehörden ihnen die Verletzung von Mitwirkungspflichten unterstellten oder gegen die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis pauschale Sicherheitsbedenken gel-tend machten.

Jäger kritisierte vor diesem Hintergrund insbesondere, dass die SPD sich die Zustimmung der Union zur Bleiberechtsregelung durch massive Zugeständnisse bei der Verschärfung des Familiennachzuges erkaufte. Künftig soll der Nachzug zu deutschen oder auslän-dischen Ehegatten an den Nachweis von Deutschkenntnissen schon vor der Einreise nach Deutschland geknüpft werden. Diese Bedingung sei für die meisten Betroffenen nicht zu erfüllen, da der Erwerb von Sprachkenntnissen im Ausland oft nur gegen Bezahlung und nur in den großen Städten möglich sei. „Das Grundrecht auf ein Leben in der Familienein-heit soll zu einem Vorrecht für Privilegierte werden“, erklärte Jäger.

Der von den Unionsinnenministern bereits angekündigte Widerstand gegen die Einigung in der großen Koalition lasse vermuten, dass die Bleiberechtsregelung im bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren noch enger und für die Betroffenen ungünstiger ausgestaltet werde. Die sich abzeichnende „Light-Version“ sei mit der generellen Verschärfung des Fa-miliennachzuges teuer erkaufte, so Jäger weiter. Er befürchte, dass die SPD sich auf einen politischen Kuhhandel mit der Union eingelassen habe, bei dem am Schluss Geduldete und binationale Familien mit leeren Händen dastünden, weil die Sozialdemokratie mit dem Geschick eines „Hans im Glück“ verhandelt habe.